

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Caren Lay, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Dr. André Hahn, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Andrej Hunko, Sigrid Hupach, Ulla Jelpke, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Harald Petzold (Havelland), Richard Pitterle, Martina Renner, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Dr. Kirsten Tackmann, Azize Tank, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert, Jörn Wunderlich, Hubertus Zebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 18/2000, 18/2002, 18/2823, 18/2824, 18/2825 –**

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Koalition wollte Deutschlands Zukunft gestalten. Ihr Haushalt für 2015 ist jedoch von Zukunftsverweigerung geprägt. Die Bundesregierung, ihre Kanzlerin und Bundesminister Schäuble bewegen sich nur soweit, wie sie von außen bewegt werden. Die Bundesregierung legt einen Haushalt vor, der das alte Deutschland verwalten will und sich jeder Zukunftsorientierung verweigert. Dem widersetzt sich DIE LINKE. energisch, auch weil sie wegen ihrer ostdeutschen Wurzeln den Merksatz nicht vergessen wird: „Wer zu spät kommt, den

bestraft das Leben.“ DIE LINKE. will eine Haushaltspolitik der Erneuerung, sie will Armut und Unfreiheit bekämpfen, indem ein Übermaß an privatem Reichtum überwunden und so gesellschaftliche Freiheit aller erreicht wird. Mit einer gerechteren Steuerpolitik sollen für den Bund erhebliche Mehreinnahmen erschlossen werden.

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2015 ist

- selbstverliebt in die schwarze Null,
- ein Haushalt der sozialen Spaltung,
- zukunftsfeindlich und bildungsungerecht,
- für Ostdeutschland erneut eine herbe Enttäuschung.

DIE LINKE. fordert die größten gesellschaftlichen Veränderungen ein. DIE LINKE. will Deutschland sozialer, besser gebildet, investiver und friedfertiger machen. Dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung sind wichtiger als die schwarze Null. Wir reden nicht der Neuverschuldung das Wort, aber im Falle gravierender Konjunkturerinbrüche geht volkswirtschaftliche Vernunft vor Sparwahn. Das hat auch die Bundesregierung erkannt, indem sie reichlich nebulös ein Investitionsprogramm von 10 Mrd. € ab 2016 ankündigt. Dieses Programm wird den Investitionstau nicht auflösen und seine Deckung bleibt unklar.

Wer ein zukunftsfähiges Deutschland will, muss mehr Soziales wagen, Bildungs- und Investitionspolitik befördern.

1. CDU/CSU und SPD setzen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmehasis des Staates gezielt aus, um mit dem Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienerinnen und -verdiener erhöht. Koalition und Bundesregierung haben einen EU-Kommissionschef unterstützt, der Unternehmen geholfen hat, Deutschland Jahr für Jahr Steuern in Milliardenhöhe zu entziehen. Dadurch werden nicht nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschädigt, sondern auch die Wettbewerbsposition mittelständischer Unternehmen, die sich an dieser Steuervermeidung nicht beteiligen. Die Schulden des Bundes belaufen sich inzwischen auf 1,3 Billionen Euro. Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Rentnerinnen, Rentner und Kranken. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West und ignoriert die stark steigende Zahl von Armutsrentnern (2013 +7,4 %). 2015 will die Bundesregierung durch Kürzung des Krankenkassenzuschusses 2,5 Mrd. Euro einsparen. Mit diesem Zuschuss sollen Leistungen bezahlt werden, die die Krankenkassen für die Allgemeinheit erbringen (zum Beispiel die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern). Solche Leistungen sollten aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Stattdessen werden die Gelder der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler für öffentliche Aufgaben zweckentfremdet, um den Staatshaushalt nicht zu belasten. Auch die zusätzlichen Ausgaben der Koalition für die Mütterrente, die Rente mit 63 und die geplante Pflegereform belasten den Bundeshaushalt kaum – die Sozialkassen dafür umso mehr. Den Preis zahlen die Versicherten in Form von notwendigen aber unterlassenen, systemgerecht aus Beiträgen zu finanzierenden Leistungsverbesserungen, von Beitragserhöhungen oder entgangenen Beitragssenkungen.
2. Die Niedriglohnpolitik hat Deutschland als Sieger aus dem europäischen Sozialabbauwettbewerb hervorgehen lassen. Während Bundesregierung und

Koalition die vermeintlichen Erfolge ihrer exportierten Austeritätspolitik feiern, leidet die Bevölkerung der Krisenstaaten. Die europäische Finanzkrise wird von Bundesregierung und Koalition benutzt, um den Krisenstaaten einen angeblichen Mangel an Haushaltsdisziplin vorzuwerfen und ihnen als Rezept den Abbau von Sozialleistungen zu verschreiben. Anstatt den Zockern und Finanzjongleuren mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer und dem Verbot von Finanzinstrumenten Grenzen zu setzen, haben sich die Merkel-Kabinette von der Finanzlobby einwickeln lassen und diese aus ihrer Verantwortung für eine der größten Krisen der letzten Jahrzehnte entlassen. Bisher wurde nur Zeit gekauft. Koalition und Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche und organisieren die Vergesellschaftung ihrer Milliardenverluste. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden können. Notwendig ist eine für alle Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbare und bundesweit angebotene Finanz- und Schuldnerberatung. Das deutsche Lohndumping muss beendet, die Inlandsnachfrage gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden.

3. Während sich die Wirtschaftsexpertinnen und -experten angesichts der sich eintrübenden Konjunkturaussichten einig sind, dass es zu investieren und nicht nur zu sparen gilt, hält die Bundesregierung an der schwarzen Null als Selbstzweck fest. Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Bauten und Verkehrsnetze, die Energiewende als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen. Über sogenannte öffentlich-privater Partnerschaften organisieren Bundesregierung und Koalition überbezahlte private Finanzierung von Infrastrukturprojekten, um Konzernen über viele Jahre hinweg hohe Gewinne zu verschaffen – auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Bundesregierung und Koalition bereiten durch das von ihnen zu Gunsten von Großinvestoren geplante Freihandelsabkommen die weitere Schleifung von sozialer Verantwortung, Umweltschutz, Kündigungsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz vor. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Es besteht ein großer Investitionsstau beim öffentlichen Verkehr, bei der Energie- und Wasserversorgung, im Gesundheitswesen, bei Bildung und Kultur. Der Bund stellt ab dem Schuljahr 2015/2016 eine hochwertige Tagesverpflegung beitragsfrei für alle Kinder und Jugendlichen in Schulen und Kindertageseinrichtungen sicher. DIE LINKE. fordert ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit. Zu finanzieren ist dieses Programm über eine EU-weit koordinierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen.
4. Das Staatsversagen im Zusammenhang mit der NSU-Mord- und Anschlagserie muss Konsequenzen, auch für den Bundeshaushalt haben. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und ausreichenden finanziellen Absicherung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus gehört zu den zentralen Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Die seit vielen Jahren professionell und erfolgreich in den Bundesländern arbeitenden Projekte brauchen endlich eine ausreichende und dauerhaft gesicherte Finanzierung.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
  2. Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine gute und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sowie die Einführung einer sozialen, sanktionsfreien Mindestsicherung zu überwinden;
  3. die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt;
  4. auf nachrichtendienstliche Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz – Observationen, V-Leute und V-Leute-Führung, Beteiligung an der Verbunddatei der Nachrichtendienste sowie Abhörmaßnahmen und der darauf basierenden Analysetätigkeiten – zu verzichten.

#### Zukunftsprogramm

- 4,6 Mrd. € für BAföG und Sonderprogramm zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit
- 3 Mrd. € für eine kommunale Investitionszuschüsse
- 3 Mrd. € für Kitausbau
- 2,5 Mrd. € für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
- 1,8 Mrd. € für eine bundesweit flächendeckende beitragsfreie Verpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen
- 1 Mrd. € für den Hochschulpakt
- 1 Mrd. € für Gesundheitsförderung und Prävention
- 500 Mio. € für nichtkommerzielle Pharmaforschung
- 461 Mio. € für höheres Wohngeld einschließlich Heizkosten
- 66 Mio. € für ein gutes und ausreichendes Integrationskursangebot, für die Förderung von Integrationsprojekten und die Migrationsberatung, denn auf die gestiegene Zahl eingewanderter Menschen muss mit einer entsprechenden Aufstockung der Haushaltsmittel reagiert werden
- 50 Mio. € für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
- 50 Mio. € für das Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)
- 50 Mio. € bundesweit für die Errichtung und Sanierung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan 3.0“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten)
- 37 Mio. € für besseren Umweltschutz (Partikelfilter) und Hochwasserschutz
- 30 Mio. € für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
- 30 Mio. € für die Schaffung eines Sonderprogramms „Digitalisierung des kulturellen Erbes“
- 20 Mio. € zusätzlich für die Stärkung der Filmproduktion in Deutschland
- 15 Mio. € für die Etablierung eines verbraucherorientierten „Finanzwächters“ und den Aufbau einer unabhängigen flächendeckenden Finanz- und Schuldnerberatung

- 5 Mio. € für die Fortsetzung der Programme der Städtebauförderung, des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen

#### Mit Arbeitsförderung Massenarbeitslosigkeit bekämpfen

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich:

- 9,7 Mrd. € zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und im Alter auf 500 € pro Monat, Eingliederung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die regulären Grundsicherungssysteme und die Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes bzw. Betreuungsgelds auf die Arbeitslosengeld-II-Beziehenden
- 5 Mrd. € Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung (4 Mrd. infolge der Erhöhung der Regelsätze, 1 Mrd. Entlastung der Kommunen im Vorfeld der Einführung des Bundesteilhabegesetzes)
- 5 Mrd. € Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung
- 3,7 Mrd. € Kinderzuschlag
- 1,6 Mrd. € Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeldes II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit)

#### Rentengerechtigkeit herstellen

- 9,9 Mrd. € zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Leistung – erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten an das Westniveau, Rücknahme der Kürzungen des Bundeszuschusses an die allgemeine Rentenversicherung, Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ als gesamtgesellschaftliche Ausgabe aus Steuermitteln

#### Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

- 3,8 Mrd. € Rücknahme der Anrechnung des Elterngeldes auf ALG-II-Bezieher und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)

#### Rechte für Menschen mit Behinderungen

- 500 Mio. € für die Realisierung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit

#### Maßnahmen der aktiven Friedenspolitik und Krisenreaktion

- 500 Mio. € für die Schaffung eines Konversionsfonds, zur Unterstützung für die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von zivilen Nachnutzungskonzepten der Bundeswehrstandorte und Unternehmen bzw. Sparten der Rüstungsindustrie
- 250 Mio. € für die Einrichtung eines Krisenreaktionsfonds im Einzelplan 60 zur schnellen und unbürokratischen Reaktion auf Krisensituatio-

nen unter Koordinierung des Krisenreaktionszentrums des Auswärtigen Amts

#### Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

1,4 Mrd. € für die Verstärkung der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe, für Flüchtlingshilfe, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern

#### Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

19,5 Mio. € zur Absicherung und Stärkung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

#### Finanzierung

44,5 Mrd. € durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

3,3 Mrd. € durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14

2,8 Mrd. € durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems

36 Mio. € Stopp von sozial und ökologisch unsinnigen Verkehrs Großprojekten wie der Fehmarnbeltquerung, dem Ausbau der Elbe und der Weser sowie Stuttgart 21, die in kommenden Jahren dem Bund 2 Mrd. € kosten würden.

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 24. November 2014

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**



